

II-4962 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2457/J

1992-02-26

A n f r a g e

der Abg. Mag. Haupt, Motter, Haller, Dr. Partik-Pablé, FISCHL
an den Bundesminister für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz
betreffend Altenpflege

Während der Bürgermeister von Wien bei der Pflegebedürftigkeit alter Menschen an die Bereitschaft von Familie und Nachbarn zur Hilfeleistung appellierte, veröffentlichte der Wiener Gesundheitsstadtrat eine Studie, wonach diese Forderung wegen der zunehmenden Tendenz zu kinderlosen Singlehaushalten kaum erfüllbar sei. Obwohl die Hilfsbedürftigkeit erst zwischen 75 und 80 Lebensjahren sprunghaft ansteige, finden 80 % der Pflegebedürftigen innerhalb der Familie Hilfe. Es werden aber mehr und mehr Leistungen, insbesondere fachlicher Art, von außen benötigt. Außerdem sind die Kinder dieser Pflegefälle oftmals selbst bereits im vorgerückten Alter.

Angesichts dieser Auffassungsunterschiede zwischen dem Bürgermeister von Wien und seinem Gesundheitsstadtrat richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz die nachstehende

A n f r a g e :

1. Wie lautet die Ressortmeinung zur Altenpflege in Großstädten hinsichtlich
 - a) der verstärkten Heranziehung von Familienmitgliedern und Nachbarn,
 - b) der Zurverfügungstellung von Pflegeleistungen durch private und öffentliche Dienste, entgeltlich oder unentgeltlich,
 - c) der Einführung eines Pflegegeldes ?
2. Haben Sie in Gesprächen mit dem Wiener Bürgermeister bzw. dem Wiener Gesundheitsstadtrat über eine praktikable Vorgangsweise zur Sicherstellung der Pflege betagter Personen Einigung erzielen können ?
3. Gibt es Berechnungen über den zukünftigen Finanzierungsbedarf für die nach der präsentierten Studie erforderlichen Pflegeleistungen ?